

Sabine Stüber

- (A) Unser Vorschlag: Auch in Anbetracht der besonderen Verantwortung, die Deutschland mit dem Vorsitz der UN-Konvention zur biologischen Vielfalt, CBD, noch bis zum Herbst dieses Jahres hat, sollten im Jahr 2010 mindestens 200 Millionen Euro für Klimaschutzmaßnahmen im Ausland zur Verfügung gestellt werden.

Eine letzte Bemerkung. Der Haushalt des BMU macht gerade einmal 0,3 Prozent des Gesamthaushalts aus. Somit ist die Suche nach Ausgabenminderungsmöglichkeiten aussichtslos. Daher kann es bei den zu lösenden Aufgaben einzig und allein um eine Aufstockung des Haushalts gehen.

Danke.

(Beifall bei der LINKEN)

**Vizepräsidentin Petra Pau:**

Kollegin Stüber, das war Ihre erste Rede im Hohen Hause. Wir gratulieren Ihnen dazu recht herzlich und wünschen Ihnen Erfolg für Ihre Arbeit.

(Beifall)

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht nun der Kollege Hans-Josef Fell.

(Michael Kauch [FDP]: Der Beste von den Grünen!)

**Hans-Josef Fell (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

- (B) Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir wollen möglichst schnell ins Zeitalter der erneuerbaren Energien. – Das sagte Kanzlerin Merkel gestern sinngemäß an diesem Rednerpult. Umweltminister Röttgen erkannte in seiner Regierungserklärung an – er betonte das auch heute –, dass Umweltschutzpolitik auch eine Innovations- und Wirtschaftsstrategie ist. Das sind richtige und gute Ziele, aber sehr späte Erkenntnisse.

Nur, Ihre Politik ist das glatte Gegenteil.

(Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: So ist es!)

Das lässt sich schon am Haushaltsentwurf ablesen. Durch diesen Etat belasten Sie den Steuerzahler mit vielen Milliarden Euro, um die Altlasten der Atomkraft zu sanieren, statt die Atomkonzerne für ihre Vergangenheitssünden zur Kasse zu bitten.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN)

Sie veranschlagen kein zusätzliches Geld für die Beschleunigung des Ausbaus der erneuerbaren Energien, den Sie ja wollen, und die Steigerung der Energieeffizienz. Bei wichtigen Branchen wie der Fotovoltaik oder der Mini-Kraft-Wärme-Kopplung setzen Sie sogar den Rotstift an. Sie reden von der Erhöhung der Forschungsmittel für erneuerbare Energien. In Wirklichkeit findet sich im Haushaltsentwurf des BMU kein zusätzlicher Euro. Die Steuergeschenke für die Hoteliers belaufen sich auf das Zehnfache der BMU-Mittel für Energiefor-

schung. Ich fordere Sie auf: Nehmen Sie die Steuergeschenke für die Hoteliers zurück und sparen Sie sich das Gerede von der Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke! Sie sind eine Mauer und keine Brücke ins Solarzeitalter. (C)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Statt die Mittel für erneuerbare Energien und Energieeffizienz kontinuierlich zu erhöhen, stecken Sie jetzt sogar Gelder, die für das Marktanreizprogramm für erneuerbare Energien vorgesehen waren, in den Neubau von Ölheizungen. So schaffen Sie niemals Klimaschutz.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Es kommt noch schlimmer: In Zeiten, in denen China mit Subventionen für Solarfabriken Deutschlands Technologieführerschaft ablösen will, streicht Umweltminister Röttgen, statt den deutschen Solarunternehmen zu helfen, die Mittel für die **Fotovoltaikforschung** massiv zusammen. Wie sollen die deutschen Unternehmen verstärkt Innovationen entwickeln und die Kosten senken, wenn Sie ihnen die öffentlichen Forschungsmittel streichen?

Apropos streichen: Jetzt kündigen Sie auch noch an, dass die Vergütung für Strom aus Dachanlagen innerhalb eines Jahres um 30 Prozent, für Strom aus Freiflächenanlagen sogar um 41 Prozent abgesenkt wird. Das ist eine drastische Kürzung. Sie haben keine belastbare wissenschaftliche Untersuchung vorgelegt, ob der Markt das verträgt. Finanzunternehmen, die dies genau untersuchen, unter anderem die LBBW, haben klar analysiert, dass die deutsche Fotovoltaikindustrie bei einer solch heftigen Senkung der Vergütung zusammenbrechen wird. Sie setzen Zehntausende Jobs, vor allem im Handwerk und im Mittelstand, aufs Spiel. Mit kompetenter Wirtschaftspolitik in der Krise hat das nichts zu tun. (D)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN)

Das Segment der Freiflächenanlagen werden Sie dadurch völlig abwürgen. Lösen Sie den Konflikt um die Nutzung fruchtbarer Ackerböden doch durch eine Doppelnutzung: agrarische Bewirtschaftung unter PV-Flächen.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Bartholomäus Kalb [CDU/CSU]: Sie haben keine Ahnung von Landwirtschaft! – Gegenruf von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Da machen Sie sich mal keine Sorgen!)

Mit leeren Händen, Herr Umweltminister Röttgen, sind Sie aus Kopenhagen zurückgekommen. Statt den Ausbau der Nutzung der erneuerbaren Energien national voranzutreiben, treten Sie bei der Solarenergie massiv auf die Bremse.

Hans-Josef Fell

- (A) Zwei kalifornische Universitäten haben einen Plan erstellt, nach dem die Energieversorgung der ganzen Welt bis 2030 zu 100 Prozent auf erneuerbare Energien umgestellt werden kann. Die beiden Universitäten haben nachgewiesen, dass das ökonomisch sinnvoll und technisch machbar ist. Obwohl Sie wissen, dass dies der beste Beitrag zu Klimaschutz und neuen Arbeitsplätzen wäre, nehmen Sie diesen Plan nicht ernst: Sie haben ihn weder hier noch in Kopenhagen ins Gespräch gebracht. Das bestätigt, dass Ihre Interessen in Wirklichkeit Kohle und Atom gelten.

Auf der **Weltkonferenz für erneuerbare Energien**, die gerade in Abu Dhabi zu Ende gegangen ist und auf der über 70 Länder durch Staatschefs oder Minister vertreten waren, gab es nur ein Thema: Wo sind denn hochrangige Vertreter der deutschen Regierung? Warum nur will die deutsche Regierung die so erfolgreiche deutsche Solarindustrie beerdigen? Das hat nur Unverständnis und Kopfschütteln hervorgerufen.

**Vizepräsidentin Petra Pau:**

Kollege Fell, kommen Sie bitte zum Schluss.

**Hans-Josef Fell (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Ich komme zum Schluss, Frau Präsidentin. – Herr Minister Röttgen, unter Kanzlerin Merkel wurde schon die heimische Biokraftstoffbranche weitgehend zerstört. Jetzt treiben Sie mit Ihren Vorstellungen viele deutsche Solarunternehmen in den Konkurs. Bei so viel Technikfeindlichkeit sehe ich schwarz für die technologische und industrielle Zukunft Deutschlands.

(B)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

**Vizepräsidentin Petra Pau:**

Für die Unionsfraktion spricht nun die Kollegin Marie-Luise Dött.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

**Marie-Luise Dött (CDU/CSU):**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Dieser Haushalt sichert umwelt- und klimapolitische Kontinuität und schafft die Grundlagen für die Umsetzung der ambitionierten Vorhaben unseres Koalitionsvertrages. Damit wird Deutschland beim Klima- und Umweltschutz weiterhin Schrittmacher bleiben. Ambitionierte nationale Umwelt- und Klimapolitik, Impulse für die dynamische Entwicklung europäischen Handelns und globale Zusammenarbeit sind die Schlüsselbegriffe dieser Politik.

Deutschland hat die Wirtschafts- und Finanzkrise dank einer tatkräftigen und gleichzeitig besonnenen Politik bislang vergleichsweise gut beherrscht. Die Krise ist aber noch nicht vorbei. Wir müssen nicht nur deswegen die ökologische Modernisierung des Landes – die Verringerung des Energie- und Ressourcenverbrauchs – als Chancen für Wachstum und Beschäftigung nutzen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP) (C)

**Umwelt- und Ressourcenschutz** werden immer mehr zum Hebel für wirtschaftliche Entwicklung und soziale Sicherheit. Dieser Hebel wirkt in zwei Richtungen gleichzeitig: Nur *die* Volkswirtschaft wird künftig wettbewerbsfähig sein, die bei der Energie- und Ressourcenproduktivität international vorn liegt. Unternehmen werden künftig nur *die* Produkte und Technologien verkaufen, die umweltverträglich und ressourceneffizient sind.

Wer heute den politischen Rahmen schafft, um erneuerbare Energien voranzubringen und die Entwicklung von Effizienztechnologien voranzutreiben, der macht die Wirtschaft für den **globalen Wettbewerb** von morgen fit. Deutschland ist in diesen Bereichen im internationalen Wettbewerb vorn.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Aber dieser Spitzenplatz muss von Wissenschaft und Unternehmen Hand in Hand täglich neu erkämpft werden. Die Politik ist gefordert, für diesen Wettbewerb die Rahmenbedingungen zu setzen. Diese Rahmenbedingungen sind fairer Wettbewerb zwischen allen Beteiligten, Technologieoffenheit,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

weniger Bürokratie, faire internationale Wettbewerbsbedingungen und klare, anspruchsvolle und verlässliche umweltpolitische Vorgaben. Genau dafür werden wir mit der Umsetzung des Koalitionsvertrages sorgen, und genau dieser Weg spiegelt sich im Haushaltsentwurf wider. (D)

Meine Damen und Herren, Ökonomie und Ökologie sind kein Gegensatz. So richtig diese Analyse ist, einen Automatismus gibt es dafür nicht. Umweltpolitik ist der Bewahrung der Schöpfung verpflichtet. Sie ist aber auch verpflichtet, Instrumente und konkrete Maßnahmen zu suchen, mit denen Umweltschutz, wirtschaftlicher Fortschritt und soziale Gerechtigkeit gleichermaßen erreicht werden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Energiepolitik beispielsweise kann nicht zum alleinigen Ziel haben, Deutschland CO<sub>2</sub>-frei zu machen. Dieses aus Klimaschutzaspekten durchaus wünschenswerte Ziel kann nicht der einzige Maßstab für die Politik sein. Der Maßstab für Energiepolitik beinhaltet auch die sichere und bezahlbare Energiebereitstellung für die Bürger und für die Wirtschaft. Deshalb ist es richtig, vor einer Entscheidung über den künftigen Energiemix genau zu prüfen, wie die Anforderungen an eine moderne umwelt- und ressourcenverträgliche Energieversorgung über die Zeitschiene aussehen. Auf dieser Zeitschiene muss dann auf wissenschaftlicher Grundlage, verantwortungsbewusst und technologieoffen über den Energiemix entschieden werden. So haben wir es im Koalitionsvertrag vereinbart, und so ist es richtig.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir brauchen im Umwelt- und Klimaschutz mehr **Effizienz**. Wir müssen stärker als bisher das Kosten-Nutzen-Verhältnis